



Newsletter Arbeit, Wirtschaft und Häfen, Ausgabe 6, 19.01.2010

Weiterbildung effektiver gestalten – Benachteiligte fördern

Bildungsurlaub: Beschäftigte und Unternehmen profitieren

Reform des Bildungsurlaubsgesetzes – aktueller Stand

Grüne sagen Beck's-Beschäftigten Unterstützung zu

Liebe Leserinnen und Leser,

wir wünschen Ihnen allen ein fröhliches, gesundes neues Jahr! Auch in diesem neuen Jahrzehnt möchten wir sie wieder regelmäßig über aktuelle parlamentarische Initiativen informieren und Sie über unsere politische Arbeit auf dem Laufenden halten und

Mit freundlichen Grüßen

Silvia Schön, Frank Willmann, Andrea Quick und Christine Möglin

Weiterbildung effektiver gestalten – Benachteiligte fördern

Die Weiterbildungsmaßnahmen im Land Bremen sollen zukünftig umfangreicher als bisher erfasst und ausgewertet werden. Das geht aus der Antwort des Senats auf eine Kleine Anfrage der Grünen hervor. Dazu erklärt die weiterbildungspolitische Sprecherin der Grünen, Silvia Schön: „Der Zugang zu Bildung ist wichtig für den sozialen Zusammenhang der Gesellschaft. Deshalb hat die rot-grüne Koalition festgelegt, sich im Weiterbildungsbereich auf Männer und Frauen mit niedrigen Bildungsabschlüssen zu konzentrieren und die Weiterbildungsaktivitäten der einzelnen Ressorts zu bündeln und zu verbessern.“

Schön weiter: „Auch der Senat hält eine umfassendere Datengrundlage für notwendig, um bessere Ergebnisse im Bereich Weiterbildung erzielen zu können. Es ist gut, dass nun mit dem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekt „Lernen vor Ort“ ein hochwertiges Bildungsmonitoring aufgebaut wird. So kann gezielter erfasst werden, wie viele Männer und Frauen an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen, wie alt sie sind, und welchen Bildungsstand

sie besitzen. Die Ergebnisse des Monitorings sollen dann in einen regelmäßigen Bericht einfließen, der erstmals im Jahr 2012 vorliegen wird. Wir begrüßen, dass der Senat auf Initiative der Grünen ein Strategie-Maßnahmen-Paket erarbeiten möchte, um die institutionelle und projektbezogene Förderung zukunftsgerecht zu gestalten und finanziell abzusichern.“

Die Kleine Anfrage der Grünen und die Antwort des Senats finden Sie hier: http://www.buergerschaft-bremen.de/drs_abo/Drs-17-1119_999.pdf

Bildungsurlaub: Beschäftigte und Unternehmen profitieren

Die Grünen weisen die Kritik der FDP und Linken am Bildungsurlaubsgesetz zurück. Das kommentiert die arbeitsmarktpolitische Sprecherin Silvia Schön: „Die FDP belegt mit ihrer Polemik, dass sie Weiterbildungsbedarf hat. Gerade eintägige Seminare senken die Hemmschwelle für Beschäftigte, ihr Wissen zu erweitern. Diese Neuregelung kommt insbesondere ArbeitnehmerInnen von kleineren und mittleren Betrieben entgegen, die ihrem Unternehmen nicht gleich eine ganze Woche fehlen wollen. Vom Wissenszuwachs ihrer Beschäftigten profitieren auch die Unternehmen. Schade, dass die Liberalen die Bedeutung von Weiterbildung für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft immer noch nicht erkannt haben.“

Neben der möglichen Stückelung des Bildungsurlaubs werden jetzt auch private Anbieter von Bildungsveranstaltungen zugelassen. „Das erhöht die Angebotsvielfalt und damit die Chance für ArbeitnehmerInnen, das passende Seminar zu finden“, betont Silvia Schön. Sie erinnert die Linke zugleich daran, dass die Zulassung von privaten Anbietern auch verfassungsrechtlich geboten ist. Im Übrigen ergab die Anhörung zur Veränderung des Bremischen Bildungsurlaubsgesetzes eine breite Zustimmung.

Reform des Bildungsurlaubsgesetzes – aktueller Stand

Die Deputation für Bildung hat am 14.1.10 die Änderung des Bremischen Bildungsurlaubsgesetzes zur Kenntnis genommen. Der Gesetzesentwurf muss jetzt noch den Senat passieren und soll im Februar der Bürgerschaft vorgelegt werden. Künftig soll Bildungsurlaub schon ab einem Tag Dauer gewährt werden. Der Zwei-Wochen-Anspruch in zwei Jahren wird beibehalten, wobei nicht in Anspruch genommener Bildungsurlaub über den Zweijahreszeitraum hinweg nicht mehr zu übertragen ist. Private Bildungsanbieter sollen Bildungsmaßnahmen anbieten dürfen, die Verordnung zum Bremischen Bildungsurlaubsgesetz soll entsprechend angepasst werden. Außerdem soll sichergestellt werden, dass bei der Anerkennung der Bildungsurlaubsmaßnahmen die Qualitätsstandards für gemeinnützige und private Anbieter gleichermaßen gelten.

Ziel der Änderung des Bildungsurlaubsgesetzes ist, dass mehr Menschen Weiterbildungsmaßnahmen in Anspruch nehmen. Gerade die Bildungsbeteiligung insbesondere bildungsungewohnter Menschen wollen wir nachhaltig verbessern. Silvia Schön: „Das Lernen im Lebenslauf gehört zu den großen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen in Deutschland und ist damit entscheidend für

die Perspektive der Bürgerinnen und Bürger, den Erfolg der Wirtschaft und die Zukunft der Gesellschaft. Gerade vor dem Hintergrund, dass sich Wissen ständig tiefgreifend wandelt, reicht eine Berufs- oder Hochschulbildung nicht mehr ein ganzes Leben. Stattdessen stehen Bürgerinnen und Bürger vor der Herausforderung, ihr Wissen durch Lernen ständig anzupassen und zu erweitern.“

Den Antrag zum Bildungsurlaub finden Sie unter: http://www.buergerschaft-bremen.de/drs_abo/Drs-17-828_4ec.doc

Grüne sagen Beck's-Beschäftigten Unterstützung zu

Die Grünen unterstützen den Betriebsrat von Beck's beim Kampf um den Erhalt von Arbeitsplätzen. Das hat Fraktionsvorsitzender Matthias Güldner bei einem Treffen am Freitag zugesagt. Er informierte sich zusammen mit dem Fraktionsvize Björn Fecker, der arbeitsmarktpolitischen Sprecherin Silvia Schön und dem wirtschaftspolitischen Sprecher Frank Willmann über die aktuelle Situation der Brauerei. Bekanntlich will InBev am Standort Bremen 262 Stellen streichen. "Beck's ist ein Aushängeschild für Bremen. Wir appellieren an die Konzernspitze, sich ihrer Verantwortung für die Beschäftigten zu stellen und ihre Pläne zu überdenken", erklärte Matthias Güldner im Anschluss an das Treffen.

Nach Angaben des Betriebsratsvorsitzenden Rainer Münz ist der Absatz zwar leicht zurückgegangen. Beck's sei aber nach wie vor ein profitables Unternehmen. Die Absatzeinbußen von 2,2 Prozent stünden in keinem Verhältnis zur geplanten Entlassungswelle. Der Geschäftsführer der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten, Dieter Nickel, wirft der Unternehmensführung vor, den Gewinn ohne Rücksicht auf die Beschäftigten maximieren zu wollen.

„Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tragen erheblich zum Erfolg dieser weltweit bekannten Marke bei. Sie dürfen auch in wirtschaftlich schwierigen Phasen nicht im Stich gelassen werden“, betont der wirtschaftspolitische Sprecher Frank Willmann.

Bei dem Treffen ging es zudem um die negativen Auswirkungen von Leiharbeit und Outsourcing. Laut Betriebsratsvorsitzenden Rainer Münz hat InBev bereits Arbeitsplätze etwa im Bereich Pförtnerie oder Haustrunk-Ausgabe ausgelagert, um Kosten zu sparen. Der Einkauf erfolge jetzt schon z.T. von Indien aus. Weitere Bereiche könnten folgen, befürchtet der Betriebsrat. Leiharbeit werde oftmals nicht zum Auffangen von Auftragsspitzen eingesetzt, so NGG-Geschäftsführer Dieter Nickel, sondern zur Gewinnmaximierung.

Um den Missbrauch von Leiharbeit zu bekämpfen, hatten die Grünen zusammen mit ihrer Koalitionspartnerin eine Bundesratsinitiative gestartet. "Wir treten für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit ein. Unsere Initiative sah vor, LeiharbeitnehmerInnen mit der Stammbeschäftigten in punkto Entlohnung und Arbeitsbedingungen gleichzustellen. Ausnahmen sollten nur für drei Monate zulässig sein. Das ist ein wirksames Mittel gegen Lohndumping. Das ist aber an der schwarz-gelben Mehrheit in der Länderkammer gescheitert. Ebenso wie die von uns vorgeschlagene Mindestlohn-Regelung. Die hätte vielen Menschen geholfen, die trotz Arbeit ihren Lebensunterhalt

nicht finanzieren können. Es ist beschämend, dass CDU und FDP dieses Problem nicht lösen wollen", so die arbeitsmarktpolitische Sprecherin Silvia Schön.

AnsprechpartnerInnen für Nachfragen:



Silvia Schön, arbeitsmarktpolitische Sprecherin
silvia.schoen@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-231)



Frank Willmann, hafenpolitischer Sprecher
frank.willmann@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-210)



Andrea Quick, Referentin für Arbeit, Frauen und Gesundheit
andrea.quick@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-252)



Christine Möglin, Referentin für Wirtschaft, Finanzen, Häfen und Europa
christine.moeglin@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-247)

Sie möchten diesen Newsletter-Service nicht länger nutzen oder Ihre persönlichen Einstellungen ändern? Dann klicken Sie bitte hier:

<http://mail.gruene-mail.de/mailman/listinfo/arbeit-wirtschaft-haefen>

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die Bürgerschaftsfraktion von *Bündnis 90/DIE GRÜNEN* keine Haftung.